Zwei Daumen zu viel

Vorurteile gegen die antragstellende Partei sollten für einmal der Sachlichkeit weichen. Das hatte Christoph von Rotz von der SVP Sarnen an der jüngsten Gemeindeversammlung gefordert und damit die bestbekannte Opferrolle seiner Partei heraufbeschworen. Diese wollte nämlich bloss die Einbürgerung eines schwerbehinderten Ira-

Christoph Riebli

kers verhindern, den man aufgrund seiner Behinderung weder diskriminieren solle, noch dürfe.

Ja, auch das hat Christoph von Rotz gesagt. Oder auch, dass man, um wiederum der Sachlichkeit zu dienen und Emotionen aus dem Spiel zu nehmen, die Abstimmung

BLITZLICHT

geheim durchführen soll. Völlig überraschend flogen daraufhin besonders viele Hände rund um den alt Nationalrat in die Höhe, um später dann nochmals geheim abstimmen zu dürfen. Komisch.

Doch wie könnte man überhaupt jemanden diskriminieren, der an Armen und Beinen gelähmt ist und sich nur mit Mimik und Gestik verständigen kann? Etwa wenn man von ihm das Beherrschen einer «Fremdsprache» und einen Nachweis von Staatskundewissen verlangt? Oder wenn man ihn der Sachlichkeit wegen als IV-Bezüger bezeichnet, der in einer schlecht integrierten Familie lebt? Äh, sicher nicht.

Wirklich grausig ist aber nicht die durch die Partei indirekt gestellte Frage, ob derart behinderte Ausländer überhaupt einbürgerungsfähig sind. «Gruusig» war die wenig nüchterne Freude der einzelnen Parteimitglieder und Sympathisanten nach der gewonnenen Abstimmung: Etwa als der eine Stimmenzähler nach dem Zählen der Zettel mit einem breiten Grinsen in den Saal zurückmarschierte – noch bevor der Gemeindepräsident das Resultat verkünden konnte, wussten es seine Mitstreiter bereits. Der euphorische Gesichtsausdruck einer Frau, die wie an einem Fussballmatch ihre beiden Daumen nach oben hielt, war schlichtweg disqualifizierend.

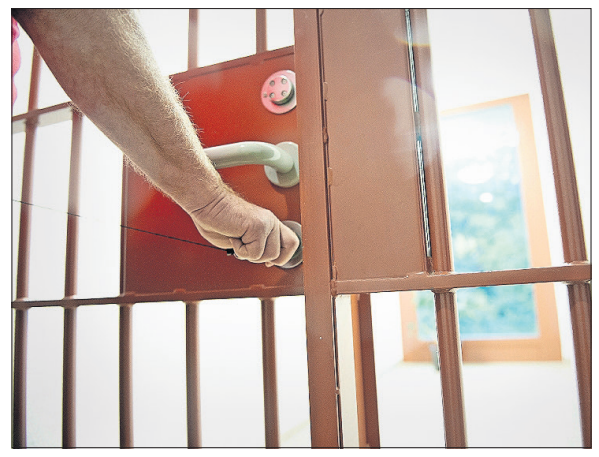
Muss ich mich nun fürchten, dass mir schon wieder tendenziöser Journalismus vorgeworfen wird? Den wollte Christoph von Rotz nämlich etwa gar nicht haben, wie er an der Versammlung auch sagte.

Wohl kaum. Mir könnte einzig zum Verhängnis werden, dass gewisse Leute Ironie nicht ganz verstehen. Doch deswegen kommt man ja auch nicht auf die Idee, ihnen die politischen Rechte abzuerkennen.

christoph.riebli@obwaldnerzeitung.ch

Zahn der Zeit nagt am Gefängnis

NIDWALDEN Das Gefängnis in Stans ist 25 Jahre alt. Der Regierungsrat macht sich deshalb Gedanken über eine mögliche Sanierung.



Über kurz oder lang drängt sich im Stanser Gefängnis eine Sanierung auf. Zum Beispiel bei den Fenstern in den Zellen (Bild links oben).
Bilder Corinne Glanzmann

MARTIN UEBELHART
martin.uebelhart@nidwaldnerzeitung.ch

Das Nidwaldner Untersuchungs- und Strafgefängnis ist in die Jahre gekommen. «Es ‹lödelet› ein wenig in den Scharnieren», versinnbildlicht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser. Das Gebäude steht in unmittelbarer Nähe zum Verkehrssicherheitszentrum und zum Polizeigebäude an der Kreuzstrasse und ist seit einem Vierteljahrhundert in Betrieb. Grosse Sanierungsarbeiten hätte bis heute nicht stattgefunden, sagt Karin Kayser gegenüber unserer Zeitung. Die Zeit sei an der Infrastruktur nicht spurlos vorübergegangen, einzelne Mauern würden Risse aufweisen. Aber auch gewissen Ansprüchen im Strafvollzug vermöge der Bau nicht mehr zu genügen. So seien etwa die Milchglasfenster mit kleinen Klappen zum Hinausschauen nicht mehr zeitgemäss. Auch auf der sicherheitstechnischen Seite wären Optimierungen denkbar, sagt die Regierungsrätin. Etwa für die Verlegung von Insassen zu Befragungen und wieder zurück.

Ein Teil wird von «Urnern» belegt

Das Stanser Gefängnis verfügt über 22 Einzel-, Zweier- und Viererzellen. Davon sind neun Plätze vertraglich dem Kanton Uri zugesichert, da dieser über kein eigenes Gefängnis verfügt. «Wir verzeichnen pro Jahr rund 250 Ein- und Austritte», erzählt Gefängnisverwalter André Zbinden. Für das vergangene Jahr sind in der Statistik rund 9100 Hafttage registriert. Etwa 2500 davon entfallen auf den Bereich Untersuchungshaft und Polizeigewahrsam. Rund 5100 auf Gefängnis und übrige Strafen, knapp 1400 auf den Asylbereich, insbesondere Ausschaffungshaft. Im Durchschnitt sind jeden Tag 25 Insassen im Gefängnis, rund 5 bis 6 Prozent von ihnen sind Frauen, und im Schnitt bleiben sie 40 Tage dort. Angesprochen auf die Infrastruktur meint Zbinden: «Was uns zum Teil fehlt, sind Arbeits- oder auch Aufenthaltsräume.» Am Ende jedes Zellenganges habe es zwar einen kleinen Raum. «Diese sind an sich als Aufenthaltsräume gedacht, wurden jedoch teilweise in Arbeitsräume umfunktioniert», so der Gefängnisverwalter.

In der nächsten Zeit wird sich der Regierungsrat laut Karin Kayser mit der Frage beschäftigen, wie es mit dem Stanser Gefängnis weitergehen soll. Konkrete Projekte gebe es derzeit noch nicht. «Es braucht noch einige Abklärungen, insbesondere dazu, ob auch Synergien mit dem Asylwesen geschaffen werden könnten», so Kayser.

Jugendlichen wird zu Abschluss verholfen

OBWALDEN Wenn Schüler wegen Krisen drohen, den Abschluss zu verpassen, greift ein Angebot des Kantons. Dieses wird verlängert.

Familienkrisen, Depressionen, Drogenprobleme oder Konzentrationsstörungen: Für Jugendliche, die in einer schwierigen Phase stecken, ist es besonders wichtig, wieder rasch Tritt zu fassen. Denn: Eine erfolgreich abgeschlossene Berufslehre stellt die Weichen für die ganze Zukunft.

Genau hier setzt das Amt für Berufsbildung im Kanton Obwalden mit zwei Angeboten an – die fachkundige individuelle Begleitung (FiB) sowie das Case Management Berufsbildung (CMBB). Beide Angebote sind für Jugendliche und junge Erwachsene, die kurz vor oder während ihrer Berufsausbildung in einer Krise stecken.

Dennoch sind die Fälle anders gelagert (siehe Box). Beim Case Management Berufsbildung können alle Jugendlichen ab der Standortbestimmung des 8. Schuljahres mit Problemen in mehreren Lebenslagen Hilfe in Anspruch nehmen. «Ziel ist es, Jugendliche zu begleiten, damit sie den Einstieg in die Berufswelt schaffen», erklärt die kantonale Berufsintegrationsberaterin Sandra Portmann.

Alle müssen am selben Strick ziehen

Doch wie funktioniert das konkret? Ins CMBB aufgenommen werden nur Jugendliche mit einer – wie es im Fachjargon heisst – Mehrfachproblematik. Jugendliche also, die gleich an mehreren Fronten zu kämpfen haben. Das erste Gespräch mit Jugendlichen, die Unterstützung suchen, führt Sandra Portmann selbst. Danach entscheidet sie, welche Hilfestellungen angebracht sind. Oft wird dem Jugendlichen eine Begleitperson, ein Coach (siehe Kasten), zur Seite gestellt. «Wichtig ist, dass alle Beteiligten mit dem Vorgehen einverstanden sind, also Eltern, Berufsbildner, Lehrpersonen – und natürlich der oder die Jugendliche selbst», so Sandra Portmann. Wie lange und wie oft sich der Jugendliche dann mit seinem Coach treffe, um Lösungswege zu erarbeiten, sei ganz unterschiedlich. «Manchmal reichen schon zwei bis drei Gespräche, manchmal braucht es ein ganzes Jahr oder mehr.» Stets stehe die «Hilfe zur Selbsthilfe» im Vordergrund, sagt Sandra Portmann. Das Angebot ist für die Jugendlichen beziehungsweise deren Jugendlichen kostenlos, auf der anderen Seite wird ein hohes Mass an Engagement verlangt.

Das CMBB kommt dann zum Zug, sobald eine jugendliche Person mit mehreren Problemen konfrontiert ist, selbst keinen Ausweg findet und deshalb Gefahr läuft, sich die eigenen Berufschancen zu verbauen.

«Manchmal reichen zwei Gespräche, manchmal braucht es ein Jahr oder mehr.»
SANDRA PORTMANN, BERUFSINTEGRATIONSBERATERIN

Zuerst mit Luzern, nun solo

Derzeit nehmen rund ein Dutzend Jugendliche in Obwalden Hilfe in Form eines Case Managements in Anspruch. Durchschnittlich kostet ein CMBB-Fall vergleichsweise wenig, betont Sandra Portmann. Besonders wenn man sich die Kosten vor Augen führe, die eine schlecht integrierte oder unqualifizierte Person später verursachen könne (Stichwort Sozialhilfe oder Arbeitslosenkasse).

Das Case Management Berufsbildung existiert in Obwalden seit 2008. Anfangs wurde es zusammen mit dem Kanton Luzern geführt, seit 2013 führt Obwalden das Projekt in Eigenregie. Bis Ende 2015 unterstützt der Bund solche kantonalen Engagements mit finanziellen Beiträgen. Danach müssen die Kantone dann entscheiden, ob und in welcher Form sie entsprechende Angebote weiterführen und auch selbst finanzieren wollen. Eine Evaluation im Jahr 2012 zeigte, dass dieses Angebot Jugendliche wirkungsvoll begleitet. Während sechs Jahren konnten zwei Drittel der Begleiteten erfolgreich in die Berufswelt integriert werden. Es sei «sehr erfreulich», dass sich der Kanton Obwalden entschieden habe, das Case Management Berufsbildung nach 2015 weiterzuführen, sagt Sandra Portmann. Die Gefahr, dass die Kosten aus dem Ruder laufen, besteht nicht. Für einen Jugendlichen, der sich in einem CMBB-Prozess befindet, werden höchstens 2500 Franken im Jahr ausgegeben.

ADRIAN VENETZ
adrian.venetz@obwaldnerzeitung.ch

Sie müssen Herzblut mitbringen

COACH ve. Ein CMBB-Coach wird jeweils – je nach Bedarf – in einem Mandat vom Amt für Berufsbildung angestellt. «Das sind ganz unterschiedliche Personen aus verschiedenen Berufszweigen. Wichtig ist, dass sie einerseits viel Freude und Herzblut im Umgang mit jungen Menschen mitbringen, andererseits Kenntnisse in der Berufsbildung und Erfahrungen im Bereich der Jugendpsychologie haben», beschreibt Sandra Portmann diese Begleitpersonen.

Die positiven Rückmeldungen der Jugendlichen zeigen auf, was sie in den meisten Fällen gewonnen haben: Viel Selbstvertrauen und Mut zu Lernen. «Ich habe gar nicht gewusst, dass ich schulisch Erfolg haben kann. Bisher hörte ich nur immer, dass ich nicht lernen kann», so berichtet ein Jugendlicher nach dem Abschluss.

Nervig, aber Erfolg gibt Recht

Ein anderer Jugendlicher berichtet: «Ich merkte, dass ich der Begleitperson nicht egal war. Sie fragte nach, blieb hartnäckig. Das war zwar manchmal nervig, doch so konnte ich nicht ‹schlüfe›. Nun hat es geklappt.»

Jugendliche haben bereits Lehrvertrag

ANGEBOT ve. Die fachkundige individuelle Begleitung (FiB) richtet sich ausschliesslich an Jugendliche, die eine zweijährige Grundbildung absolvieren. «Meist handelt sich um Jugendliche, die praktisch begabt sind, aber vom intellektuellen Potenzial her Schwierigkeiten haben», erklärt Sandra Portmann. Das FiB richtet sich also an Jugendliche, die bereits einen Lehrvertrag haben. Ein solches Angebot muss von den Kantonen bereitgestellt werden.

ANZEIGE